

Mit der Natur kann man nicht verhandeln

Wissenschaft soll Wissen schaffen, die Politik soll entscheiden. Diese Trennung wird weder der Corona-Krise noch dem Klimawandel gerecht. Die Forschung muss auch die Konsequenzen von Massnahmen aufzeigen, **schreibt Reto Knutti**

Die Corona-Krise ist zur Entscheidungskrise mutiert. Wo man im Frühjahr noch mit fehlenden Fakten, erst aufzubauender Expertise und mangelhafter Vorbereitung argumentieren konnte, bleibt jetzt nur noch Staunen ob der kollektiven Lähmung. Man wartet, debattiert darüber, wer die Verantwortung hat, und wehrt sich gegen Massnahmen - bis die Spitäler überlaufen. Warum ignoriert die Gesellschaft das, wovor die Wissenschaft mit aller Deutlichkeit warnt?

Zu oft wird die Rolle der Forschung auf das Liefern von nackten Zahlen, klaren Fakten und einfachen Lösungen reduziert. Wissenschaft soll Wissen schaffen, die Politik soll entscheiden. Diese Trennung wird den Herausforderungen nicht gerecht, wenn es um komplexe und zeitkritische Fragen geht und Interessenvertreter mit unterschiedlichen Prioritäten im Spiel sind.

Klima wie Corona sind solche Krisen und haben einiges gemeinsam. Beide scheinen zunächst abstrakt, weit entfernt und ihre Entwicklung mit Unsicherheiten behaftet. In beiden Fällen geht es um ein gesellschaftliches Gut, das wir nur gemeinsam schützen können. Bei beiden schliesslich lohnt sich frühes Handeln; abwarten kann tödlich sein. Das passt alles schlecht mit unseren Entscheidungsmustern zusammen. Wir rühmen uns gerne, dass wir faktenbasiert entscheiden, aber in der Realität tun wir es meistens intuitiv, aus Erfahrung, egoistisch, kurzfristig und stärker beeinflusst durch andere Menschen und Ideologien als durch rationale Analysen.

Natürlich gibt es auch Unterschiede zwischen den beiden Krisen. Während die Pandemie mit einer Impfung bekämpft werden kann, erfordert der Klimawandel einen längeren Atem. Massnahmen können nicht vom Bundesrat verordnet werden, sondern müssen gemeinsam entschieden werden. Wie jedoch soll das gehen, wenn wir schon unfähig sind, für ein paar Monate zusammenzustehen, wenn trotz dem klaren Ziel tiefer Corona-Fallzahlen die Spitäler überfüllt sind? Können wir aus der Corona-Krise überhaupt etwas für die Klimakrise lernen?

Es gibt in meinen Augen mindestens vier Gründe, warum wissenschaftlich erhärtete Fakten im gesellschaftlichen Diskurs oft wenig Wert haben.

- Viele Menschen verstehen die wissenschaftlichen Grundlagen nicht. Das gilt für die Physik des Klimas wie die Dynamik eines exponentiellen Anstiegs bei der Pandemie. Bildung tut not, die Wissenschaftskommunikation ist gefordert. Die Naturgesetze werden eben nicht wie alle anderen Gesetze im Parlament verhandelt.

- Im Zeitalter einer von Klicks getriebenen Medienlandschaft und auf Likes getrimmter sozialer Netzwerke werden Aussagen verkürzt, verzerrt und zugespitzt. Debatten werden schneller, direkter und polemischer geführt. Informationen sind überall, Synthesen und Kontext jedoch rar. Der Kostendruck auf die Medien, die Tatsache, dass viele Menschen kaum mehr fundierte Informationen konsumieren, sowie die massenweise Verbreitung von Fake-News machen die Kommunikation von entscheidungsrelevanter Information schwierig. Polarisierung und Lügen machen selbst vor der Politik nicht halt.

- Fakten allein sprechen selten für sich. Sie erfordern eine Interpretation, Kontext und die Einbettung in eine Geschichte, die sie für viele Menschen nachvollziehbar machen. Der Klimawandel ist das Paradebeispiel: Unter 900 ppm CO₂ in der Atmosphäre oder 4 °C Erwärmung kann sich kaum jemand etwas vorstellen. Dasselbe gilt für den R-Wert bei Corona. Es braucht die Einschätzung von Expertinnen und Experten, die Erklärung, was dies für die Gesellschaft bedeutet und mit welchen Massnahmen Risiken minimiert werden könnten.



Abgesang auf einen Gletscher? Der Glaziologe Felix Keller auf dem Morteratschgletscher, der vom Klimawandel besonders bedroht ist. (6. Juli 2020)

• Wir können uns einig sein über die Fakten, aber nicht darüber, wie wir darauf reagieren. Was Menschen in politisch umstrittenen Fragen denken, hängt weniger von Bildung als vielmehr von Identität und Werten ab, also letztlich davon, wer wir sind. Mehr Fakten helfen in solchen Fällen wenig. Das stellt das oft gelobte Bild der evidenzbasierten Politik infrage.

Die Lösungen sind nicht einfach, und doch könnten wir aus Corona lernen. Ich bin der Überzeugung, dass es nicht nur Aufgabe der Forschung ist, Daten zu produzieren, sondern diese einzuordnen und im Sinne eines «ehrlichen Vermittlers» die Konsequenzen möglicher Handlungen oder Massnahmen zu diskutieren. Die wissenschaftliche Corona-Task-Force des Bundes tut dies auf vorbildliche Weise. Wenn die Wissenschaft nicht einordnet, dann werden andere mit persönlichen, finanziellen oder politischen Interessen ihre Interpretationen liefern. Als Forschende müssen wir darauf hinweisen, wenn Fakten verzerrt werden oder Wissenschaft instrumentalisiert wird.

Mischt sich die Wissenschaft aber zu stark in die Politik ein, wird schnell ihre Unabhängigkeit hinterfragt. Die Wissenschaft ist nur dann glaubwürdig, wenn sie sich ausschliesslich dort äussert, wo ihre Kompetenzen und Expertisen liegen, wenn sie potenzielle Interessenkonflikte offenlegt und Unabhängigkeit sicherstellt. Es ist klar, dass die Forschung und die Einordnung der Fakten in gesellschaftsrelevanten Fragen nicht vollkommen wertfrei möglich sind.

Aus den Fakten folgen noch keine politischen Entscheide. Ob etwas gefährlich ist und verhindert werden muss, ist eine Frage des Umgangs mit Risiken. Es kommt zum Beispiel darauf an, ob man nur die nächsten Jahre berücksichtigt oder die kommenden Jahrhunderte in den Blick nimmt. Wichtig ist, dass die Wissenschaft klar unterscheidet zwischen Fakten, der Interpretation und der Bedeutung der Fakten einerseits und den

gesellschaftlichen und politischen Antworten darauf andererseits. Welche Massnahmen genau zu treffen sind, bleibt Gegenstand gesellschaftlicher und politischer Prozesse, welche die Wissenschaft weder vorgeben soll noch kann, aber an denen sie aufgrund ihrer Expertise beteiligt sein sollte.

Das Vertrauen der Gesellschaft in die Wissenschaft ist laut dem neusten Wissenschaftsbarometer sehr hoch und seit Corona noch gestiegen. Forschungsergebnisse zeigen, dass das Engagement von Forschenden in der Gesellschaft erwartet wird und ihrer Glaubwürdigkeit nicht schadet. Vertrauen in die Wissenschaft stellt allerdings nicht sicher, dass das Wissen auch verstanden und genutzt wird.

Der Öffentlichkeit müssen wir nicht nur Zahlen und Zusammenhänge erklären, sondern auch, wie die Zahlen zustande kommen, verschiedene mögliche Interpretationen mit ihren Konsequenzen aufzeigen und Unsicherheiten diskutieren. Relevante und zielgruppenorientierte Synthesen, Geschichten, die über die nackten Zahlen hinausgehen, entstanden unter Einbezug von Sozial- und Geisteswissenschaften, unter Berücksichtigung verschiedener Interpretationen und Werturteile, sind von entscheidender Bedeutung. Die Funktion der Medien ist es, dies alles kritisch einzuordnen und verschiedene Sichtweisen zu Wort kommen zu lassen. Wenn sich allerdings Ökonomen zur Herdenimmunität und zur Physik der Klimamodelle auslassen, verwirrt dies mehr, als dass es der Meinungsbildung hilft. Die Vertrauenswürdigkeit von Aussagen ist so entscheidend wie die Aussagen selber.

Mit den Entscheidungsträgern braucht es einen Politikdialog. Damit tun wir uns in der Schweiz schwer. Dieser braucht ein funktionierendes Miteinander von Politik und Wissenschaft, echtes Interesse und nicht nur das Dulden einer Task-Force. Er erfordert ein Verständnis von Rollen und regelmässigen Austausch - nicht erst, wenn die Krise schon da ist. Unsicherheiten gibt es überall, in der

Reto Knutti



Der 47-jährige Klimatologe ist Professor für Klimaphysik an der ETH Zürich und einer der Leitautoren bei den letzten beiden Sachstandsberichten des Unoklimarats IPCC. Reto Knutti beschäftigt sich unter anderem mit der Bewertung von Klimamodellen. Und er nimmt immer wieder Stellung zur Bedeutung des Klimawandels für die Gesellschaft.

Wissenschaft, in der Wirtschaft ebenso wie im privaten Leben. Trotzdem würde kaum jemand argumentieren, dass dies ein Grund sei, keine Entscheide zu fällen. Bei Modellen, welche die Zukunft betreffen, ist nicht zentral, ob sie «richtig» sind, sondern ob ihre Resultate genügend aussagekräftig sind, um Entscheide zu treffen. Sind die Risiken hoch, dann ist rasches Handeln besser als das Warten auf die perfekte Lösung.

Entscheide in Krisen erfordern Verantwortung und Führung, sei es kurzfristig bei Corona oder langfristig beim Klimawandel. Und am Schluss stehen politisch ausgehandelte Entscheide. Diese sind leichter nachvollziehbar und wirkungsvoller, wenn sie klar begründet und konsistent sind mit den vorher definierten Zielen. Und wenn sie die Grundprinzipien der Physik oder der Epidemiologie respektieren: Mit dem Virus und dem Klima können wir nun einmal nicht verhandeln.